

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 7

Artikel: Tito bleibt sich selber treu : der 9. Parteikongress des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095521>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ZEITBILD

AZ 3000 Bern 6

Sto.

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut



10. Jahrgang Nr. 7
Erscheint alle zwei Wochen
Bern, 26. März 1969

Bibliothek der
Bldg. Techn.
Hochschule
Leonhardstr. 33
8006 Zürich

Predislav Kuburovic

Tito blieb sich selber treu

Der 9. Parteikongress des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens.

«Genosse Tito, wir schwören, dass wir deinen Weg nicht verlassen werden!» sind die Worte eines Liedes der jugoslawischen Kommunisten, welches aus der Kampfzeit gegen Stalin stammt und mit welchem im Gewerkschaftshaus in Belgrad am 15. März die letzte Plenarsitzung des 9. Kongresses des BdkJ beendet wurde. Das Singen dieses Liedes am Parteikongress der jugoslawischen Kommunisten hat heute mehr als eine symbolische Bedeutung. Es drückt zugleich ihre Entschlossenheit aus, den eigenen Weg zum Sozialismus und Kommunismus zu gehen. Und gerade dieser eigene Weg zum Sozialismus war im Mittelpunkt des 9. Parteikongresses.

Diesem Parteikongress wohnten 1297 Delegierte bei, die 1 119 307 Mitglieder des BdkJ vertraten, ferner 65 Gastdelegationen aus Westeuropa, Asien, Afrika, Lateinamerika und Rumänien. Von 1297 Parteidelegierten haben nur 108 von ihnen an früheren Parteikongressen teilgenommen. Damit hat dieser Kongress viele neue und jüngere Gesichter gezeigt. Die Vertreter der Kommunistischen Parteien der UdSSR, DDR, CSSR, Polens, Ungarns, Bulgariens blieben fern und diejenigen Chinas, Nordkoreas, Nordvietnams und Albanien waren nicht eingeladen. Der Kongress tagte in drei Plenarsitzungen und in sieben verschiedenen Kommissionen. Zum ersten Mal waren die Sitzungen verschiedener Arbeitskommissionen den ausländischen und einheimischen Presse-, Radio- und Fernsehvertretern zugänglich.

Der 9. Parteikongress stand am Eröffnungstag im Zeichen des 50jährigen Jubiläums der Gründung der KP Jugoslawiens, das mit einer Festrede



Tito 1969.

Titos begangen wurde. In einer Rückschau auf die fünfzigjährige Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Jugoslawien befasste er sich u.a. mit der Rolle der Kommunistischen Internationale bezüglich der KP Jugoslawiens, mit der Vernichtung der führenden jugoslawischen Kommunisten in den Jahren 1937 und 1938 durch Stalin; mit den späteren Spannungen zwischen Moskau und Belgrad bis und nach Stalins Tod, mit den Spannungen innerhalb der KPJ bis 1937. Sowohl die Einmischung der Komintern als auch Stalins in die Angelegenheit der KP Jugoslawiens verurteilte Tito schonungslos.

Damals vor 50 Jahren: merkwürdig aktuelle Thematik

In der Zeit vom 20. bis 23. April 1919 fand in Belgrad der Gründungskongress der jugoslawischen Sozialistischen Arbeiterpartei (der Kommunisten) statt, die sich aus verschiedenen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteiorganisationen Serbiens, Kroatiens, Bosniens, Montenegros, Mazedoniens und der Vojvodina zusammensetzte. Diese erste sozialistische Arbeiterpartei (der Kommunisten) fasste damals den Beschluss, sich der III. Internationale anzuschließen. Im Zentralrat dieser Partei wurden bekannte «linksorientierte» Marxisten und Sozialdemokraten (wie Filip Filipovic, Dr. Sima Markovic, Dr. Zivko Topalovic, Dusan Cenic, Djuro Cvijic, Vladimir Copic) gewählt. Generalsekretär wurde der Serbe Filip Filipovic.

Da die erste jugoslawische sozialistische Arbeiterpartei sich zugleich aus Anhängern der II. und III. Internationale zusammensetzte, blieben ihr interne Kämpfe und Spannungen nicht erspart. Im Juni 1920 fand in der Stadt Vukovar der II. Parteikongress statt, an dem es in den Fragen des neuen Parteiprogrammes und des Parteistatutes zu einer Spaltung kam. Die Sozialdemokraten und Linkssozialisten, die zur Basis der II. Sozialistischen Internationale hielten, trennten sich von den Kommunisten und bildeten kurz dar-

(Fortsetzung auf Seite 2)

IN DIESER NUMMER

- Wer soll was bezahlen?** 4
Die Lateinamerika-Uebersicht unseres Korrespondenten aus Montevideo.
- Ferien am Plattensee** 5
Wie die fortschrittlichsten Kräfte des Westens zur Zeit der CSSR-Invasion am Weltgeschehen teilnahmen, zeigt jetzt die Berichterstattung einer ungarischen Zeitung.
- Zusammenhänge** 6/7
Unsere Kommentare und Rubriken.
- Die Sowjetintellektuellen** 8/9
Fortsetzung.
- Ehe und Liebe im Sozialismus** 10/11
Fortsetzung.
- Slowakische Karikaturen** 12
Trotz Husak ist man auch in Bratislava bezüglich der Hauptsache gleicher Meinung wie in Prag.

DER KLARE BLICK

Aus Nr. 35 vom 6. September 1961:

«Vor 22 Jahren wollte man 'keinen Krieg um den Korridor' und glaubte damit, dem Frieden zu dienen. Wer nicht dieser Ansicht war, wurde als Kriegstreiber verhetzt. *Erinnern wir uns des Wortes, das der damalige sozialistische Außenminister Pineau 1956 aussprach: 'Wenn 1934, als Hitler das Rheinland besetzte, ein Minister dem Diktator mit allen Mitteln entgegengetreten wäre, dann hätte man diesen Minister als Kriegshetzer verschrien. Aber er hätte zwischen 1939 und 1945 das Leben von 30 Millionen Menschen gerettet'. Chruschtschew, der in Berlin einmarschiert, ist Hitler, der ins Rheinland einmarschierte. Auch Hitler sprach vom Frieden, als er den Krieg rüstete. Manche im westlichen Lager ergriffen damals die Gelegenheit, sich mit ihrer «Friedensliebe» das Gesicht zu wahren, wenn sie Tribut an die Macht Hitlers zollten. Hitler spekulierte mit seinen faktischen Drohungen von Krieg und Terror auf Anpasser und Rückversicherer. Mit seinen Friedensbeteuerungen ermöglichte er ihnen, eher leichtgläubig als feige zu scheinen. Die Auseinandersetzung mit Hitler kam doch. Aber teurer.»*



Über 90 Prozent der Kongressdelegierten waren erstmals dabei.

auf die Sozialdemokratische Partei Jugoslawiens. Die Kommunisten, mit Filipovic an der Spitze, vertraten in der Diskussion um das neue Parteiprogramm die Ansicht, das Ziel der Partei sei die Untergrabung des kapitalistischen Systems in Jugoslawien und die Gründung einer jugoslawischen Sowjetrepublik durch die Revolution. Sie befürworteten ein Parteistatut auf dem zentralistischen Prinzip, sowie eine enge Verbindung zwischen der Partei und Gewerkschaften, was der Reformgruppe um Dr. Zivko Topalovic nicht akzeptabel schien. Mit einer Mehrheit, die aber bis heute umstritten blieb, gelang es der kommunistischen Gruppe, Programm und Statuten nach kommunistischer Konzeption durchzusetzen. Um sich von der Reformgruppe noch schärfer zu distanzieren, beschloss diese Quasi-Mehrheit, die Partei neu zu benennen. Sie erhielt den Namen Kommunistische Partei Jugoslawiens. So hatte dieser Kongress 1920 die Spaltung der sozialistischen Bewegung praktisch vollzogen. Dr. Sima Markovic und Filip Filipovic wurden zu ersten Sekretären der KPJ gewählt. Von 1920 bis 1937, als Josip Broz Tito an die Parteispitze kam, war der Entwicklungsweg der KPJ von Fraktionskämpfen und durch das Verbot der KPJ gekennzeichnet.

Die ehrwürdige Tradition der nationalen Frage und ihre «Behandlung»

An den 1. und 2. Parteikongressen wurde ins Parteiprogramm die These aufgenommen, wonach es sich bei Serben, Kroaten und Slowenen um ein und das gleiche Volk handle. Da sie von Anfang an umstritten war, wurde sie weder von der Parteispitze noch vom Parteivolk ganz gebilligt. Bis in die Dreissiger Jahre hinein folgten innerhalb der Partei, die in Illegalität und deren Führung im Exil (in Moskau, Prag, Paris und Wien) lebte, starke theoretische Auseinandersetzungen über die Nationale Frage in Jugoslawien, die zur Fraktionsbildung führte. Die Partei war innerlich gespalten und zerrissen. Die Komintern und Stalin mischten sich in diese Diskussion ein. Zwischen Dr. Sima Markovic, Generalsekretär der KPJ, einerseits und Stalin und führenden Persönlichkeiten aus der Komintern andererseits kam es zu schweren Meinungsverschiedenheiten. Stalin und die Komintern waren der Ansicht, dass Jugoslawien ein Vielvölkerstaat sei, der durch den Versailler Vertrag von 1918 künstlich geschaffen wurde und deshalb zerstört werden müsse. Dr. Sima Markovic ging davon aus, dass der jugo-

slawische Staat keine künstliche Schöpfung sei, sondern vielmehr eine Realität, die dem Wunsch der drei erwähnten Völker entspreche, nach jahrhundertelanger Trennung gemeinsam zu leben.

Markovic wurde dann im Jahre 1928 aus der Partei ausgeschlossen. Er ging in den Dreissiger Jahren nach Moskau und kam 1939 während den stalinistischen Säuberungen um. Ein ähnliches Schicksal traf auch andere Kommunisten im Exil, darunter die Generalsekretäre Filip Filipovic und Milan Gorkic. Als 1934 innerhalb der jugoslawischen KP im Exil die Gründung der KP Kroatiens und Sloweniens beschlossen wurde, womit man einen neuen Weg zur Lösung der nationalen Frage in Jugoslawien anstrebte, gelangte man in der Komintern zur Ansicht, dass auch in anderen jugoslawischen Gebieten Landesparteien gegründet werden sollen. Dies wurde erst an der 5. Parteikonferenz der KPJ im Mai 1940 in Zagreb zur Wirklichkeit. Inzwischen hatte die Komintern auf Ersuchen Titos beschlossen, die KP-Führung aus dem Exil nach Jugoslawien zu übersiedeln. Tito wurde zum Sekretär des ZK der KPJ ernannt, die in der Illegalität wirkte. Er traf im Jahre 1937 in Jugoslawien ein und wurde Nachfolger von Milan Gorkic, der kurz darauf Opfer der stalinistischen Säuberung wurde.

In seiner Festrede zum 50jährigen Jubiläum der KPJ gedachte Tito vieler unschuldiger Opfer der stalinistischen Säuberungen aus der KPJ, zu denen alle drei Vorgänger Titos gehörten. Doch liess Tito die Namen von Milan Gorkic und Dr. Sima Markovic aus. Für beide hat er noch heute nicht viel übrig.

Stalins alte und Breschnews neue Einnischung

In seiner Rückschau wies Tito natürlich auch auf den Konflikt mit Stalin im Jahre 1948 hin. Stalin habe den spezifischen Weg Jugoslawiens zum Sozialismus nicht anerkannt. Seine Angriffe gegen die jugoslawische KP bezeichnete Tito als den ersten offenen Konflikt zwischen dem bürokratischen Konzept eines sozialistischen Staates und der antidogmatischen, demokratischen und humanen Auffassung von einer sozialistischen Gesellschaft, wie sie in der Aktivität des BdkJ ihren Ausdruck gefunden habe. Die sowjetische Entwicklung unter Stalin könne nicht einfach als eine Art von Persönlichkeitskult abgetan werden. Die Politik der Unterwerfung unter die sow-

jetischen Staatsinteressen und die Taktik der sowjetischen Aussenpolitik hätten verschiedenen kommunistischen Parteien vor dem Krieg und nachher unermesslichen Schaden zugefügt. Wenn er heute daran erinnere, tue er dies nicht aus Hass, sondern aus Sorge um die Zukunft seines Landes und der Partei (die seit 21. August 1968 unter dem Beschuss sowjetischer Kritik stehen). Nicht zuletzt bedauerte Tito den Boykott des 9. Parteikongresses durch die Parteien des Ostblocks mit Ausnahme Rumäniens. «Wir sind schon daran gewöhnt, nicht anerkannt zu werden, wenn vorübergehende politische Motive im Spiel sind, aber dies erhöht nur das Ansehen des BdkJ und seine historische Festigkeit in den Augen der fortschrittlichen Welt.»

Ohne direkt die CSSR zu erwähnen, ging Tito auf die Ereignisse des Sommers 1968 ein. «Wir sind Zeugen, dass in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und den kommunistischen Parteien das Prinzip des Internationalismus missbraucht wird, um in seinem Namen einzelnen Parteien einseitige Beschlüsse aufzuzwingen oder die Existenz einer ‚Generallinie‘ zu rechtfertigen, die bisher in Wirklichkeit nur ein Diktat war. Im Namen angeblich höherer Interessen des Sozialismus werden Versuche unternommen, sogar die glatte Verletzung der Souveränität eines sozialistischen Landes zu rechtfertigen, und es wird militärische Gewalt angewendet, um seine unabhängige sozialistische Entwicklung zu unterdrücken.» Die KPJ sei bereit, mit anderen sozialistischen und kommunistischen Arbeiterparteien zusammenzuarbeiten. Jedoch auf der Grundlage der Belgrader und Moskauer Deklaration der Jahre 1955 und 1956, in denen das Recht auf den eigenen Weg zum Sozialismus festgelegt und die Achtung der Souveränität, der Unabhängigkeit, der territorialen Integrität und der Gleichberechtigung der Staaten als Prinzip hervorgehoben worden waren.

Die Partei führt — aber wie? Ideell oder organisatorisch?

Am zweiten Tag des Parteikongresses hatte Tito sein Referat «Aktuelle innen- und aussenpolitische Probleme und die Rolle des BdkJ im sozialistischen System der Selbstverwaltung» halten sollen. Da der Text dieses 100seitigen Referates gedruckt vorlag, verzichtete Tito auf das Vorlesen und hielt dafür eine halbstündige Einführungsvorrede. Sein Hauptreferat behandelte im innenpolitischen Teil die Grundlinie der wirtschaftlichen Entwicklung unter veränderten sozialwirtschaftlichen Bedingungen auf der Grundlage der Selbstverwaltung. Tito machte klar, dass die Parteiführung entschlossen ist, an dem Kurs der Wirtschaftsreform festzuhalten, die Probleme der Arbeitslosigkeit anzupacken sowie das System der Selbstverwaltung auszubauen. Die wirtschaftliche Entwicklung dürfe nicht durch nationalistische Exzesse in Frage gestellt werden. Die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen einzelnen Teilrepubliken müssten überwunden werden. Die Partei werde nicht von den Konzeptionen der sozialistischen Marktwirtschaft abrücken, doch bedeute sozialistische Marktwirtschaft nicht Verzicht auf Planung.

Ferner wies Tito auf die Rolle des BdkJ in der zukünftigen Entwicklung des Landes hin. Nach ihm ist der Bund der Kommunisten Jugoslawiens eine revolutionäre Organisation, in welcher kein Platz für Opportunismus und Disziplinlosigkeit sei. Der BdkJ werde nicht auf die führende

ideelle (!) Rolle in der jugoslawischen Gesellschaft verzichten. Die Partei werde weiterhin nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus arbeiten, doch werde es keine Rückkehr zu Methoden geben, deren sich bis 1966 «die konservativ-dogmatischen und zentralistischen Kräfte» bedient hätten. Die Partei lasse weiterhin verschiedene Ansichten und Meinungen zu, doch sei ein einmal gefasster Mehrheitsbeschluss für alle verbindlich.

Ein 15köpfiges Exekutivkomitee des Parteipräsidiiums wurde dann am 16. März bestellt und setzt sich wie folgt zusammen: für Kroatien Dr. Vladimir Bakaric und Mika Tripalo, für Serbien M. Todorovic und Dr. M. Peculjic, für Slowenien Stane Dolanc und Edvard Kardelj, für Mazedonien Krste Crvenkovski und Kiro Gligorov, für Bosnien und Herzegowina Cvjetin Mijatovic und Nijaz Dizdarevic, für Montenegro Veljko Vlahovic und Budisav Soskic, für die autonome Provinz Kosmet Fadilij Hodza, für die Vojvodina Stevan Doronski. Damit sind vier Serben, zwei Montenegriner, drei Kroaten, zwei Slowenen, ein Mohammedaner, ein Albaner und zwei Mazedonier vertreten.

Im aussenpolitischen Teil seines Referates wies Tito auf die komplexe Weltlage von heute hin, die durch den Krieg in Vietnam, die ständigen Spannungen zwischen Israel und den arabischen Ländern sowie durch die Ereignisse vom 21. August 1968 in der CSSR gekennzeichnet ist. Tito stellte fest, dass die UNO trotz allen Anstrengungen vieler ihrer Mitglieder nicht zum entscheidenden Faktor des Friedens geworden ist. In der UNO seien jene Veränderungen nicht zum Ausdruck gekommen, die bereits die heutige Welt charakterisierten. Die Abwesenheit Chinas von der UNO sei eine Absurdität.

Die «Agression Israels gegen die arabischen Länder» hat nach Tito zur Verschlechterung der Lage im Mittelmeerraum geführt. Die Anwesenheit der sowjetischen Kriegsflotte im Mittelmeerraum habe die Lage nur noch weiter verschärft. Es liege im Interesse der Mittelmeerländer, sich gemeinsam anzustrengen, um dieses Gebiet von einer militärischen Konfrontation der Grossmächte fernzuhalten.

Jugoslawien gedente weiterhin an der blockfreien Politik festzuhalten, da die Blockpolitik nur zur Erhöhung der Spannung führe. Wörtlich sagte Tito: «Anstatt die Blöcke abzubauen, erhöht man die Spannung zwischen ihnen auf Kosten kleiner und mittlerer Länder. Aber auch die Versuche direkter Verhandlungen, besonders zwischen den Grossmächten, verursachen den kleinen und mittleren Staaten wachsende Besorgnisse wegen der möglichen Bedrohung ihrer Lebensinteressen. In der Verfolgung einer solchen Politik bringen uns einige Grossmächte nicht näher an den Frieden oder die Stabilität; auch gibt es keine Garantie für die Sicherheit der kleinen Länder.»

Die lieben und die «lieben» Nachbarn

Die Beziehungen Jugoslawiens zu seinen Nachbarn seien unterschiedlich. Mit Oesterreich und Italien «sehr gut und fruchtbar». Mit Ungarn seien sie «noch besser zu gestalten». Mit Rumänien bestehe eine «fruchtbare und allseitige Zusammenarbeit, die durch ähnliche politische Ansichten gekennzeichnet ist». Hingegen liessen die Beziehungen zu Albanien und Bulgarien viel zu wünschen übrig. Jugoslawien wünsche mit Albanien die Beziehungen zu normalisieren, weil es

diesem Land das Recht auf Selbständigkeit und Unabhängigkeit und Souveränität zubillige (unausgesprochen: angesichts der sowjetischen Bedrohung).

Jugoslawien wünsche auch zu Bulgarien gute nachbarliche Beziehungen zu pflegen, jedoch sei dies in letzter Zeit schwerer zu verwirklichen. Die Politik Bulgariens verletze direkt die Interessen Jugoslawiens, weil dort die Existenz der mazedonischen Nation abgelehnt werde und zugleich territoriale Forderungen gegenüber Jugoslawien erhoben würden. Die Zusammenarbeit mit Bulgarien verlange bulgarischerseits den Verzicht auf eine solche Politik.

Mit den sozialistischen Ländern hat Jugoslawien immer eine Zusammenarbeit auf der Grundlage der Respektierung der Souveränität und Unabhängigkeit, sowie auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten gewünscht, so wie sie in der Belgrader und Moskauer Deklaration von 1955 und 1956 verankert sind. «Die militärische Intervention der fünf sozialistischen Länder in der CSSR hat sich auf diese Zusammenarbeit sehr negativ ausgewirkt. Unsere Haltung bezüglich der Ereignisse in der CSSR haben die sozialistischen Länder als Vorwand dafür genommen, um eine breite antijugoslawische Kampagne zu starten, die sich vorwiegend gegen unser sozialistisches System der Selbstverwaltung und unsere Aussenpolitik richtet. Diese Aktivität ist ein ständig anwesender, negativer Faktor in unseren Beziehungen.»

Tito stellte fest, dass in den osteuropäischen sozialistischen Ländern eine Doktrin über die begrenzte, kollektive und integrierte Souveränität hochgespielt wird. Jugoslawien lehne eine solche Doktrin ab, weil sie einerseits die militärische Intervention rechtfertige und andererseits im Widerspruch zum Recht jedes Volkes auf Unabhängigkeit stehe. «Jede Begrenzung der Unabhängigkeit und der Souveränität lehnen wir ab, abgesehen von den Motiven und Argumenten, mit denen diese gerechtfertigt wird.» Jugoslawien

werde nicht zulassen, dass sein Recht auf den eigenen Weg zum Sozialismus beschnitten werde. «Wir sind der Ansicht, dass der Sozialismus als fortschrittlichste Form der Gesellschaftsordnung seine Vorteile nur zeigen kann, wenn er zwangsläufig die verschiedenen Wege zur sozialistischen Entwicklung einzelner Länder zulässt und sich zugleich für die demokratische Lösung aller Probleme und Gegensätze einsetzt, die zwischen sozialistischen Ländern auftauchen. Jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und Parteien, jedes Aufzwingen einer einzigen Lösung oder eines Modells von aussen her kann nur die sozialistische Umwandlung der Welt verlangsamen und steht zugleich im Widerspruch zu den Zielen des sozialistischen Internationalismus.»

Schlussfolgerungen

Zieht man eine Parallele zwischen den Zielen, Aufgaben und praktischen Folgen der jugoslawischen Nachkriegsparteikongresse und denjenigen des 9. Parteikongresses, dann wird man feststellen müssen, dass dem 5. Parteikongress (1948) die Aufgabe zufiel, die Angriffe Stalins auf die KPJ abzuwehren und ihre proletarische und revolutionäre Abstammung und Merkmale zu beweisen. An diesem Kongress wurde das Recht, den Sozialismus unter den spezifischen Bedingungen in Jugoslawien aufzubauen, verteidigt. Auf dem 6. Parteikongress im Jahre 1952 wurden die Richtlinien des jugoslawischen Systems der Selbstverwaltung festgelegt. Auf dem 7. Parteikongress im Jahre 1958 wurde ein neues Parteiprogramm angenommen, das sich in der jugoslawischen Praxis bisher gut bewährt hat. Auf dem 8. Parteikongress im Jahre 1964 wurden u.a. Schritte zur Stärkung der materiellen Grundlagen der Betriebe getan und zugleich ideelle Grundlagen und Vorbedingungen für die jugoslawische Gesellschafts- und Wirtschaftsreform geschaffen. Die Zeit zwischen dem 8. und 9. Parteikongress stand vorwiegend im Zeichen der Durchführung

(Fortsetzung Seite 6)



Heitere bis ernste Lektüre während Kongresspause. Von links: Kardelj (immer noch möglicher Nachfolger Titos), Crvenkovski (Erster Sekretär der mazedonischen KP), Ex-Aussenminister Popovic (Mitglied des Exekutivkomitees, des neu bestellten höchsten Parteigremiums) und Tito.

Zusammenhänge

Wem nützt das eigentlich? Die sowjetisch-chinesischen Schiessereien um eine unbewohnte Insel im Ussuri sind als Politikum zu wichtig geworden, als dass man nicht das Bedürfnis hätte, sie in ein verständliches Muster einzureihen. Wer hat denn angefangen? Da natürlich jede Seite der andern die Schuld gibt und da beide Seiten in propagandistischen Lügen ihre ausgiebige Erfahrung haben, nützen einem die direkten Aussagen wenig. Und man greift zur alten Klärungsfrage: Cui bono? Wem nützt das?

Aber vielleicht ist man mit der Suggestion dieser Problemstellung schon falsch eingespart. Müssen solche Zwischenfälle tatsächlich der einen oder der andern Seite nützen, um sich zu ereignen? Wo zwei feindliche Grossmächte eine Tausende von Kilometern lange gemeinsame Grenze haben, die überdies schlecht definiert ist, wäre eigentlich eher das Ausbleiben von Zwischenfällen verwunderlich. Und tatsächlich sind sie auch seit jener Zeit nie ausgeblieben, da die Sowjetunion und China einander feindlich gegenüberstehen. Schon 1963 hatten die Sowjets den Chinesen 5000 Grenzverletzungen vorgeworfen. Nachher hat man die genaue Zählung offenbar eingestellt, aber die jüngsten sowjetischen Publikationen zum Thema China lassen klar erkennen, dass die Dinge auch nach Chruschtschews Abgang weitergingen (siehe dazu ZB Nr. 6, S. 1—3). Sie wurden übrigens in jener Periode lediglich diskreter behandelt, aber nie völlig verschwiegen. Auch von der jetzt «plötzlich» im Brennpunkt der Interessen stehenden Region war sporadisch schon die Rede

gewesen. So hatte die «Prawda» vor fast zwei Jahren, im Juli 1967, Uebergriffe der Roten Garden auf das sowjetische Ufer des Ussuri gemeldet und auch von Schüssen gegen sowjetische Grenzsoldaten gesprochen. Und die Chinesen ihrerseits hatten von 1967 bis 1969 fortlaufend sowjetische Uebergriffe auf die bewusste umstrittene Insel Tschen Pao (Damanski in sowjetischer Version) registriert.

Es ist also soweit ganz gut möglich, die jüngsten, wiederholten Gefechte am Ussuri als weitere Glieder der gewohnten Kette von Zwischenfällen zu betrachten, wobei sich aus der explosiven Situation nun einmal tatsächlich eine Explosion ergeben hätte, gewissermassen von selbst. Zeitpunkt und Ausmass der akuten Grenzkämpfe wären dann also gewissermassen akzidentell.

Aber trotz allem kommt man nicht darüber hinweg, dass die Angelegenheit am Ussuri die bisherigen Proportionen des permanenten Konflikts doch überschritten hat. Jene Tausende oder angeblich Tausende von Zwischenfällen zuvor waren uns doch zuweilen geschildert worden. Da hatte es sich beispielsweise um das neckische Spiel gehandelt, dass die Chinesen nachts in menschenleeren Grenzgebieten jeweils die Grenzsteine um ein paar Dutzend oder hundert Meter ins sowjetische Gebiet verlegten, worauf tagsüber die sowjetischen Patrouillen den Rücktransport vornahmen, und wenn man alle bewegten Grenzsteine und alle fraglichen Nächte zusammenzählt, kommt man sicher schon auf ganz schöne Zahlen. Natürlich war es

daneben auch zu direkten Konfrontationen gekommen, aber sie hatten meist den Charakter von «Beleidigungen», mündlicher zumeist. Schlimmstenfalls lagen sie etwa auf fäkalischem Gebiet, wie bei jenem Zwischenfall von Nauschki, als die Chinesen demonstrativ die sowjetischen Einrichtungen des Grenzbahnhofs beschmutzten, um die Russen ihre Verachtung riechen zu lassen.

Die jüngsten ausgewachsenen Gefechte am Ussuri sind aber eben mehr als selbst eine ganze Kette der «traditionellen» Freundlichkeiten in grenznachbarlicher Beziehung. Und die Vermutung, dass hier ein zielgerichteter Wille zur Provokation im gegebenen Augenblick vorhanden war, ist entsprechend stark. Wo wäre ein solcher bewusster Willensakt eher zu suchen: in Moskau oder Peking?

Dazu eine geographische Ueberlegung: Wenn die Sowjetunion an den Grenzen provozieren will, hat sie ihr ideales Gelände dazu einige tausend Kilometer weiter westlich auf der andern Seite der Mongolei, dort, wo die zentralasiatischen Sowjetrepubliken an Sinkiang grenzen. Die in Sinkiang lebenden Uighuren, Kasachen und andern Völker sind traditionell gegen die Chinesen und gegen jegliche Zentralgewalt aus Peking eingestellt. Hier kommt es laufend zu nationalistischen Unruhen, von hier aus fand in jüngster Zeit auch eine grosse Fluchtbewegung nach der UdSSR statt, die übrigens ihr Generalkonsulat in dieser autonomen Region Chinas schliessen musste. Hier würde ein allfälliges sowjetisches Vorgehen von

Tito bleibt sich selber treu

Fortsetzung von Seite 3)

er Wirtschaftsreform, des Suchens nach einer neuen Rolle des BdKJ in der jugoslawischen Gesellschaft, der Reorganisation der Staatssicherheitspolizei (Udba) und des weiteren Ausbaus der sozialistischen Selbstverwaltung. Dem 9. Parteikongress fiel deshalb die Aufgabe zu, die Kontinuität der Entwicklung ab 1948 zu gewährleisten, die Wirtschaftsreform konsequent voranzutreiben, das Selbstverwaltungssystem weiter auszubauen, die Rolle der Partei unter neuen Bedingungen zu definieren sowie die Beschlüsse zu fassen, die von Parteimitgliedern diszipliniert und verbindlich verwirklicht werden müssen.

ausserpolitisch gesehen kommt dem 9. Parteikongress folgende Bedeutung zu: Der Reformkurs in Wirtschaft und Gesellschaft wird fortgesetzt. Inwieweit dieser Reformkurs eine Veränderung etwa im Sinne einer offenen Gesellschaft herbeiführen wird, bleibt offen. Eines ist sicher: Jene, die im Inland und Ausland von dem Kongress noch mehr Demokratie in Jugoslawien in der Richtung Mehrparteiensystem erwartet haben, werden vorderhand enttäuscht sein. Der BdKJ wird nicht auf sein ideelles Monopol in der jugoslawischen Gesellschaft ver-

zichten. Seine Rolle wird den heutigen Bedingungen des Selbstverwaltungssystems angepasst. Dies wird in den neuen Parteistatuten so bestätigt: «Der BdKJ ist eine revolutionäre, organisierte und führende ideologisch-politische Kraft der Arbeiterklasse und aller arbeitenden Menschen in ihrem Kampf für den Sozialismus».

Zwar legen führende jugoslawische Kommunisten diesen Grundsatz so aus, dass er unbedingt nicht die Einparteiendiktatur bedeutet. Andererseits wollen sie kein Mehrparteiensystem, weil das angeblich zum Kapitalismus führt. Was sie anstreben, ist eine Nicht-Partei-Demokratie, in welcher der Bund der Kommunisten Jugoslawiens die führende Rolle einnimmt.

Sie müssen jedoch noch einen Weg zur Verwirklichung dieser Absicht finden. Dabei darf nicht vergessen werden, dass nur etwa 1,2 Millionen der 20 Millionen Jugoslawen der Partei angehören.

Der neue Parteistatutenentwurf befasst sich nicht nur mit den Rechten der einzelnen Parteimitglieder, sondern auch mit denen anderer politischer Organisationen, wie Gewerkschaften und Jugendorganisation. Hierzu äusserte sich der designierte Ministerpräsident Jugoslawiens, Mitja Ribicic. Er meinte, dass die Entwicklung zu einer «allmählichen Ueberwindung des Einparteimonopols führen werde, ohne jedoch die Gründung politi-

scher Gruppierungen ausserhalb der sich selbst verwaltenden sozialistischen Struktur der Gesellschaft zuzulassen.»

Dass solche und ähnliche Auslegungen der Rolle der Partei den sowjetischen Genossen nicht genehm sein werden, versteht sich von selbst. Das Dilemma der jugoslawischen Kommunisten, die moderne kommunistische Herrschaft zu reformieren, ohne dabei auf die führende ideologisch-politische Rolle der Partei zu verzichten, wird weiter bestehen. Hingegen wird der eigene Weg zum Sozialismus mit dem Modell der jugoslawischen sozialistischen Selbstverwaltung weiterhin ausgebaut.

Aussenpolitisch gesehen kommt dem 9. Parteikongress die Bedeutung zu, dass Jugoslawien weiterhin kein kommunistisches Führungszentrum aus Moskau anerkennt und sich noch weniger den Beschlüssen der internationalen Konferenzen unter Führung Moskaus oder Chinas unterwirft. Unabhängigkeit des Landes und der Partei bleibt weiterhin das oberste Gebot.

Damit bleibt Jugoslawien weiterhin im Mittelpunkt der Weltpolitik und ein Experimentfeld für neue sozialistische und kommunistische Gesellschafts- und Wirtschaftsformen. Der 9. Parteikongress hat bewiesen, dass Tito, der BdKJ und Jugoslawien ihrer geschichtlichen Rolle bewusst treu bleiben wollen. ■